



# Pressemitteilung

5. Juni 2025

## BVMB fordert mehr Geld für Städte und Kommunen

### Verband betont Bedeutung der Städte und Gemeinden für die Baukonjunktur

500 Milliarden Euro hat der Bundestag kurz vor seiner Auflösung in der vergangenen Legislatur noch in Form eines Sondervermögens für die Infrastruktur in Deutschland beschlossen. Nach aktuellen Planungen soll davon ein Anteil von 100 Milliarden Euro an die Kommunen gehen. „Das hört sich auf den ersten Blick nach viel Geld an, ist aber spätestens auf den zweiten Blick deutlich zu wenig“, stellt Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V. (BVMB) fest. Der Verband fordert die neue Bundesregierung daher auf, die Kommunen über das Sondervermögen hinaus zusätzlich zu berücksichtigen. Durch den im Kabinett beschlossenen Wachstums- und Investitionsbooster kommen Mindereinnahmen auf die Länder und Kommunen durch Steuerausfälle in den nächsten Jahren zu. Es ist also notwendig, dass der Bund Wort hält und die Länder und damit die Kommunen nicht nur unbürokratischen Zugang zum Sondervermögen gewährt, sondern vor allem über einen weiteren Ausgleichsmechanismus nachdenkt. Sie seien die Leistungsträger der Gesellschaft und ein Hauptauftraggeber für unzählige Baufirmen. „Wenn Bund und Länder die Kommunen wie aktuell sehr weit verbreitet am ausgestreckten Arm verhungern lassen, dann wird das unser Land ebenso wie die Bauwirtschaft nachhaltig schwächen“, so Gilka. Auch der Wohnungsbau-turbo der Bundesregierung wird nach Überzeugung der BVMB nicht ohne die Kommunen funktionieren.

### „Wohnungsbau funktioniert nur durch Bund, Länder und Kommunen gemeinsam!“

Die Zahl der neu erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen lag laut Statistischem Bundesamt im März 2025 bei insgesamt 19.500. Das sind immerhin knapp sechs Prozent mehr als im Vorjahresmonat. „Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir 2024 auf der absoluten Talsohle waren und die Zahl der neuen Wohnungen nach wie vor weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Trotz dieses positiven Trends seien auch die Auftragsbücher von Bauunternehmen, die vorwiegend oder ausschließlich im Wohnungsbau tätig sind, immer noch zum Teil gähnend leer“, fasst Michael Gilka die Situation zusammen. Selbst wenn in jedem weiteren Monat des Jahres 20.000 Genehmigungen erteilt würden, läge man am Ende des Jahres gerade mal bei 240.000 neuen Wohneinheiten. „Das reicht hinten und vorne nicht“, erinnert Gilka daran, dass die Ampelkoalition pro Jahr 400.000 neue Wohnungen versprochen hatte. „Wir sind heute immer noch bei knapp der Hälfte“, rechnet Gilka vor.

## „Wer bestellt, der bezahlt“ – Fairer Ausgleichsmechanismus notwendig

Nach Überzeugung der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. sind Gegenmaßnahmen auf Bundesebene nicht ausreichend. „Wohnungsbau geht nur durch Bund, Länder und Kommunen gemeinsam – aber die Schlüsselrolle für ein Wiederanspringen des Wohnungsbaus und einen Aufwärtstrend bei der Baukonjunktur spielen für uns die Städte, Gemeinden und Landkreise“, betont Gilka. „Wenn sie nicht genügend Finanzmittel zur Verfügung haben, um neue Baugebiete auszuweisen, Straßen, Schulen und Kindergärten sanieren zu können, wird sich die Infrastruktur im Land nicht nachhaltig erholen.“ Die BVMB warnt insoweit davor, die Finanzlage der Kommunen nicht ausreichend zu berücksichtigen. „Die Kommunen brauchen eine deutlich intensivere finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, um ihren Aufgaben unmittelbar für den Bürger vor Ort erfüllen zu können“, regt Hauptgeschäftsführer Gilka dringend an. Auch die Länder stünden in der Verantwortung, nachdem immer mehr Kommunen massive Finanzprobleme melden. In Deutschland gibt es rund 10.800 Städte und Gemeinden. Laut Deutschem Städtetag schieben sie inzwischen einen Investitionsrückstau von 186 Milliarden Euro vor sich her.

### RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer  
Bauunternehmen e.V.  
Königswinterer Straße 329  
53227 Bonn  
Tel.: 0228 91185-16  
E-Mail: [stauf@bvmb.de](mailto:stauf@bvmb.de)

**BVMB**

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.